Gemeindeblatt

der Jüdischen Gemeinde Duisburg

Amtliches Organ der Gemeinde

Verlagsort Kassel.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Sally Kaufmann, Kassel, Hohentorstraße 9

Inseraten-Annahme: Norbert Bachmann, Duisburg, Universitätsstraße 18

4. Jahrgang | Duisburg, den 1. Dezember 1931 (21. Kislew) | Nr. 16

Delegiertentagung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen des C. V.

Wie alljährlich, so fand auch in diesem Jahr am Buß- und Bettag eine Delegiertentagung in Düsseldorf statt, die von etwa 150 Personen aus den verschiedenen Ortsgruppen besucht war. Neben einigen Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe Wuppertal hatte auch eine große Anzahl der Mitglieder der Einladung Folge geleistet. —

Der Vorsitzende des Landesverbandes, Rechtsanwalt Dr. Krombach (Essen), richtete in seiner Ansprache eine dringende Mahnung an die Delegierten zur Anspannung aller Kräfte in der augenblicklich so überaus schweren Zeit. Nach einer Begrüßung durch Erich Felsenthal (Düsseldorf) namens des Gemeindevorstandes und als Vorsitzender der Düsseldorfer Ortsgruppe, sowie nach Verlesung eines vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Düsseldorf, eingegangenen Begrüßungstelegramms wurde ein Vorschlag des Vorsitzenden, an den von schwerer Krankheit genesenen Direktor des Centralvereins, Dr. Ludwig Holländer (Berlin), ein Begrüßungstelegramm abzusenden, von der Versammlung freudigst aufgenommen. —

Der Syndikus des C.-V., Dr. Alfred Wiener (Berlin), hielt einen Vortrag über die Arbeit der Zentrale. Zunächst verbreitete er sich über die Stellung der einzelnen politischen Parteien in Deutschland innerhalb der neuen durch die Länderwahlen geschaffenen politischen Lage. Insbesondere wies er hierbei auf die vielen Aufreizungen hin, die die Nationalisten in ihrer euesten Literatur, besonders in dem SA.-Liederbuch, sich erlaubten. Unbeanstandet gehe dieses Liederbuch durch die Lande und sei insbesondere in den Händen der jugendlichen Mitläufer dieser Partei außerordentlich gefährlich. Dr. Wiener gab dann einen weiteren eingehenden Ueberblick über die Arbeit der Zentrale in Berlin selbst. Er erwähnte, die C.-V.-Leitung habe es jüngst für richtig gehalten, die Vertreter der gesamten jüdischen Presse zu sich einzuladen und ihr über manche Geschehnisse zu berichten. Auch verwies der Redner auf den demnächst in Berlin stattfindenden jüdischen Kulturtag. Im Anschluß daran verbreitete er sich auch des eingehenden über die neuesten literarischen Erzeugnisse des sogenannten kulturellen Antisemitismus. Zum Schlusse gab Dr. Wiener seiner Freude darüber Ausdruck, daß mehr und mehr ein lebendiges Interesse für die so überaus notwendigen Arbeiten des C.-V. in allen Teilen Deutschlands zu erkennen sei, insbesondere auch in solchen jüdischen Kreisen, die aus irgendwelchen Gründen bisher abseits standen. Hinsichtlich der Mitgliederwerbung seien bei fast allen Ortsgruppen Erfolge zu verzeichnen, vor allem aber auch sei es zu begrüßen, daß trotz der schweren Zeit und des Druckes der wirtschaftlichen Verhältnisse, die auf vielen Juden ruhen, freiwillig vorgenommene Erhöhungen der Jahresbeiträge und Sonderzuwendungen erfolgt sind. Er hoffe, daß dieses Ergebnis auch im Westen von Deutschland bei den Ortsgruppen des Landesverbandes Rheinland-Westfalen geschehe. Im übrigen trage die Zentrale durch entsprechende Arbeiten der sich fortgesetzt bemerkbar machenden Strukturveränderung der deutschen Judenheit Rechnung. Als wesentlicher Träger der deutsch-jüdischen Zukunft müsse die Angestelltenschaft mehr als bisher zur Mitarbeit an den C.-V. herangezogen werden. —

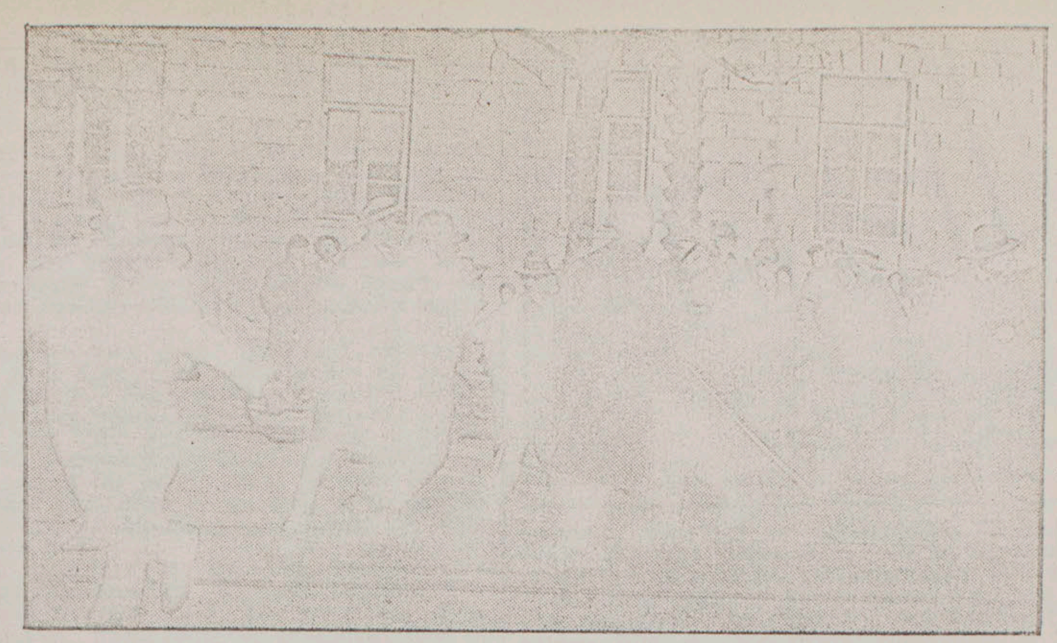
Syndikus Dr. Plaut (Essen) erstattete den Tätigkeitsbericht des Landesverbandes. Er beschäftigte sich mit dem Eindringen der Nationalisten in die Standesorganisationen, insbesondere erwähnte er die Vorkommnisse bei den Wahlen zur Aerztekammer und machte darauf aufmerksam, daß sich auch Bestrebungen geltend gemacht hätten, politische Momente in die Wahlen zur Anwaltskammer hineinzutragen. Er machte auch weiter auf die bedauerliche Vergiftung der Schuljugend durch politische Verhetzung aufmerksam. Der Landesverband sei wachsam und veranstalte in den nächsten Wochen in verschiedenen Ortsgruppen 15 Versammlungen zu diesem Zweck. Auch die Jugendarbeit mache sehr erfreuliche Fortschritte. Bei der ersten Angestelltenversammlung, die im Landesverband und zwar in Bochum vorgenommen sei, seien 24 Neuanmeldungen zu dem C.-V. zu verzeichnen gewesen.

Rabbiner Dr. Hahn (Essen) wies in der Aussprache auf die Unkenntnis des Judentums und seiner religiösen Inhalte in unserer nicht-jüdischen Umgebung hin, aber auch auf die Verpflichtung für alle Juden für Aufklärung Sorge zu tragen.

Rabbiner Dr. Eschelbacher (Düsseldorf) betonte, daß sich die Juden gerade durch intensive Betätigung ihres Judentums Achtung und Sympathie erwerben könnten. Nach der Mittagspause berichtete Rabbiner Dr. Eschelbacher (Düsseldorf) über den Nürnberger Talmudprozeß, in dem er als Sachverständiger tätig war. Er gab ein fesselndes, wenn auch in seinem Inhalt trauriges Bild über die Atmosphäre, die über dem ganzen Prozeß geschwebt hat. In Nürnberg fand und findet noch heute eine unglaubliche Hetze gegen die jüdischen Mitbürger statt. Die dortige Zeitung „Der Stürmer“ bringe verzerrte Karikaturen aller Prozeßteilnehmer, die nicht deren Ansicht vertrete. Auch der Staatsanwalt wurde zu einem „Judentyp“ karikiert. An Hand verschiedener Beispiele zeigte der Redner die grundfalsche Auslegung, die der Talmud immer wieder findet und wies nach, daß manche von den Antisemiten als im Talmud vorkommende Stellen in diesem überhaupt nicht enthalten seien. Ueber die Rechtsschutzarbeit verbreitete sich des weiteren Dr. Krombach. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Düsseldorf des R. j. F., Lippmann (Düsseldorf), erklärte die Bereitwilligkeit des R. j. F. zur Mitarbeit im C.-V. und rief zur gemeinsamen Arbeit mit größter Aktivität auf. Dr. Ostwald (Münster) verbreitete sich über die soziologischen Gründe des nationalsozialistischen Aufschwungs. Einen wesentlichen Beitrag zur Gesundung der innerjüdischen Verhältnisse erblicke er in einer starken Ansiedlung von Juden auf dem Land. Der Ehrenvorsitzende und Gründer des Landesverbandes, Dr. Herzfeld (Essen), ermahnte die Anwesenden, der ernsten Zeit, in der wir leben, zu gedenken und die Mahnungen zu beherzigen, die aus den verschiedenen Referaten erklungen seien. Wie bei einem schweren Seegang alle Mann auf Deck seien, um das Schiff in einen sicheren Hafen zu steuern, so müßten auch alle Juden wachsam sein, um jeder Gefahr zu begegnen. Dr. Lewinsohn (Düsseldorf) berichtete von Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit im Osten von Preußen, insbesondere in Elbing und richtete die Bitte an alle, in ideeller und materieller Hinsicht intensiv für den C.-V. zu arbeiten.

Dr. David (Hagen) forderte auf, sich politisch zu betätigen und vor allem sich an jeder Art von sozialer Hilfe zubeteiligen. Frau Wolff (Bocholt) referierte über die Parteiumschichtung innerhalb der sozialistischen Linken und schließt sich den Ausführungen von Dr. David hinsichtlich karitativer Mitarbeit an. Frau Dr. Apfel (Wuppertal) teilte mit, daß insbesondere in der von allen konfessionellen und karitativen Vereinigungen in Wuppertal eingerichteten Notgemeinschaft viele jüdische Frauen und Männer zum Teil an führender Stelle sich betätigen. Nach der Aussprache geht Dr. Alfred Wiener in seinem Schlußwort auf verschiedene Anfragen und Anregungen ein. Die Wahlen zum Vorstand des Landesverbandes ergaben die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Dr. Krombach und der Beisitzer, mit Ausnahme von Dr. Rosenthal (Duisburg), an dessen Stelle der Hauptlehrer Fritz Kaiser (Ruhrort) gewählt wurde. Einstimmige Annahme fand folgender Antrag: „Die Düsseldorfer Delegiertentagung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen des C.-V. erklärte es für notwendig, dem Landesverband zur Durchführung der weiteren Arbeit für das laufende Jahr größere Geldmittel zuzuführen und fordert die Ortsgruppen auf, für erhöhte Abführung dadurch Sorge zu tragen, daß die Mitglieder zu einem besonderen Beitrag, der als 5. Quartalsbeitrag einzuziehen ist, veranlaßt werden.“

Bl.



Eine Augenblicksaufnahme vor der Warschauer Universität während der Krawalle.

In der Warschauer Judenstadt.

Seit einigen Tagen befindet sich die Warschauer Judenstadt in Aufruhr. Ein Haufe aus Geflügel, Socken, Marktweibern, Fuhrleuten, Schuhständen, Fleischereien, Nichtstuern, hungernden Kindern und Philosophen — ist in Bewegung geraten. Er würde sich fortrollen, gäbe es einen Ort, wohin er rollen könnte. Da es keinen gibt, bleibt er da.

Von Platz zu Platz, von Straße zu Straße flackern Unruhen auf. Während im Kern jeder Gruppe die Schlägerei vonstatten geht, beteiligt sich an ihr die Bevölkerung, in weitem Umkreis, mit Augen, Gesten und verschreckten Rufen. Auf ihren Ladenstufen stehen die Kleinhändler, in ihren Fenstern liegen die Schneider und verfolgen, über die Köpfe hinweg, jede Phase der Bewegung. Die Frauen treiben ihre Kinder, unter Geschrei, in die großen, dunklen Holztore. Siebzigjährige Juden, mit Kappe, weißem Bart, Kaftan und Stiefeln, flüchten mit sklerotischen Bewegungen über die holperigen Steine. Sie wissen nicht, vor wem, sie wissen nicht, wohin, sie wissen nur: „Man schlägt . . .!"

Man schlägt seit 800 Jahren, und wenn sich die alten Juden über etwas wundern, so über die vergleichsweise lange Frist, die seit der letzten Schlägerei verstricht. Man schlug, wenn Kriege verloren waren, man schlug, wenn Gouverneure verfehlte Spekulationen unternommen hatten, warum soll man nicht schlagen, wenn die Welt unter den Schlägen der Krise aus den Fugen geht? Wie müßte man schlagen, um die Proportionen herzustellen zwischen einem lumpigen zaristischen Gouverneur und der tausendfachen Sprengwirkung dieser Krise! Wird man so schlagen? Man schlägt, bisher, verblüffend wenig . . .

Inzwischen ziehen die Studenten, truppweise, über den Fahrdamm. Stöcke in der Hand, die Mäntel offen, die Mützen kokett im Nacken illustrieren sie, ohne es zu ahnen, ihren eigenen Untergang. Weil das Monopol der Akademiker nicht mehr existiert, weil ein Teil von ihnen Hunger leidet, weil sie an der Mehrzahl ihrer älteren Berufsgenossen die Ausweglosigkeit ihrer Zukunft sehen — deswegen werfen sie den Kopf in den Nacken, weiten mit Phrasen die bepustelten Backen und ziehen, zorngeschwellt, gegen die Stelle des geringsten Widerstandes. Können sie nicht mehr die Herren markieren, wollen sie wenigstens die Herrchen sein . . .

So zogen sie gegen Danzig: „Weg mit der preußischen Klaue von Danzig!", so zogen sie gegen Treviranus: „Nieder mit Treviranus", so zogen sie letzthin gegen Lettland: „Kampf gegen die Frechheit der Letten". Immer glaubten sie die Drahtzieher zu sein, während sie die Geschleiften waren. Am eigenen wechselseitigen Gebrüll sind sie, für Stunden wenigstens, so mächtig und stark, wie sie es, ohne erst brüllen zu müssen, in besseren Zeiten ein ganzes Leben lang waren.

Was haben die Juden den Studenten getan? Gar nichts. Es wird nicht einmal behauptet, daß sie ihnen etwas getan hätten. Haben sie ihnen Stellen weggenommen? Sie haben selber keine. Die große Masse der polnischen Juden ist so verelendet, daß, ihr gegenüber, das polnische Proletariat eine privilegierte Schicht darstellt. Und der Numerus clausus, praktisch bereits durchgeführt, würde den polnischen Studenten, wollte man ihn von neuem legalisieren, bestenfalls nur wenige neue Hungerplätze einbringen. Nicht die Zahl der vorhandenen Stellen könnte er vermehren, nicht die Ausweglosigkeit des Studiums beheben, nicht die Krise.

Und haben etwa die jüdischen Studenten ihre christlichen Kollegen provoziert? Nichts gegen die jüdischen Studenten, es gibt auch unter ihnen Charaktere. Aber ein guter Teil von ihnen, weit entfernt zu provozieren, verleugnet vielmehr, von je, sein Judentum in einer peinlichen Weise. Das ist das historische Erbe und die Sonderart des polnischen Judentums: es umschreibt, seiner Zusammensetzung nach, einen schillernden, auf den ersten Blick unübersehbaren Bogen von 180 Grad. Von Judentypen antiken Formats geht es über die Philosophen und die Gleichgültigen zu den Verleugnern, von den Verleugnern über die Achtelgetauften, Viertelgetauften, Halbgetauften zu den Getauften, von den Getauften über die Doppeltgetauften zu jenen allpolnischen Magnaten, die baß verwundert sind zu hören, daß sie einmal Juden waren. Die jüdischen Studenten, die geraden immer ausgenommen, gehören schon vermöge ihrer Jugend nicht zu den antiken Charakteren.

Nun werden sie, Komik der Situation, durch die Angriffe der Kommilitonen zu einer Betonung ihres Judentums gezwungen, die sie aus freien Stücken nie erwogen. Sie müssen mitspielen in einem Spiel, das, geschichtsgebunden, seine eigenen Gesetze hat. Gäbe es gerade einen mißliebigen Dozenten in Warschau, Gumbel, Lessing oder Dehn, zögen die Studenten gegen ihn. Da die Historie, obwohl er gebraucht wird, verabsäumt hat, ihn zu stellen, gibt es nur — die Juden.

Rudolf Herrnstadt im B. T.

Aussprache zwischen jüdischen und christlichen Frauen über Antisemitismus

auf der Gesamtvorstandssitzung des jüdischen Frauenbundes.

Der jüdische Frauenbund, der sich auf seiner Gesamtvorstandssitzung am 11. Oktober in Leipzig auch mit der Frage der Bekämpfung des Antisemitismus beschäftigte, hatte zu einer internen Aussprache über dieses Thema eine Reihe christlicher Frauen, vor allem Führerinnen und Vertreterinnen interkonfessioneller und christlicher Frauenverbände geladen. — Die Vorsitzende des JFB., Frau Bettina Brenner (Leipzig), legte einleitend dar, daß der JFB., der durch seine gesamte Arbeit auf kulturellem, pädagogischem, sozialem und religiösem Gebiet seit jeher eine indirekte und vorbeugende „Bekämpfung des Antisemitismus" erstrebt, sich in dieser Zeit schwerster Bedrängnis gezwungen sieht, auch direkt zur Abwehr des Antisemitismus aufzurufen. Neben anderen jüdischen und interkonfessionellen Organisationen, die sich speziell dieser Arbeit widmen, und deren große Verdienste voll anerkannt werden, will der JFB. als überparteiliche, umfassende Organisation der jüdischen Frauen und Mütter die besonderen Kräfte der Frauen aktivieren. Er sucht zu diesem Zwecke eine Verständigung und eine Basis der Zusammenarbeit mit Frauen anderer Konfessionen, denen er sich in sozialer Arbeit verbunden weiß.

Die Begründerin und langjährige Vorsitzende des JFB., Bertha Pappenheim, Neu-Isenburg, wies darauf hin, daß die deutschen Frauen die Wirkung des Antisemitismus gegenwärtig besonders tief nachfühlen könnten, weil die Haltung des Auslandes zu Deutschland in vielem ähnlich sei der Haltung der Christen zu den Juden. Sie kennzeichnete den Antisemitismus als Ungerechtigkeit und Mißbrauch einer Macht gegenüber der Minorität, als Undankbarkeit gegen eine Gemeinschaft, der die gesamte Kulturwelt große geistige Persönlichkeiten zu verdanken habe, und schließlich als Unklugheit in der Situation, in der sich das deutsche Volk heute befindet. Der tiefe Ernst dieser Worte, die unbeugsame sittliche Persönlichkeit, die für ihre Gemeinschaft nicht Toleranz, sondern Recht fordert, hinterließen auf alle Teilnehmer den stärksten Eindruck.

Die zweite Vorsitzende des JFB., Frau Paula Ollendorf, Breslau, legte Wege der Verständigung dar, die sie vor allem in der gründlichen Kenntnis des Alten Testaments, der jüdischen Ethik und der jüdischen Geschichte sieht. Daß das

Wort „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst" im Alten Testament (3. Buch Mose, Kapitel 19, Vers 18) steht, daß ein Jesaja das Friedensideal aufstellte, ist auch wohlmeinenden Christen oft unbekannt.

Rechtsanwalt Dr. Margarete Berent, Berlin, wies auf die verwandten Schicksalszüge der Frauenbewegung und des Judentums hin. Während der französischen Revolution besann man sich darauf, daß vielleicht auch die Juden Menschenrechte besäßen und es tauchte auch der Gedanke der Gleichberechtigung der Frau auf, der allerdings erst lange nach der Emanzipation der Juden seine Verwirklichung fand. In Zeiten wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten werden Frauen und Juden zuerst bedroht und ihre mühsam erkämpften Rechte werden wieder eingeengt.

Frau Dr. Agnes von Zahn-Harnack, Berlin, bekannte, daß der ganze Ernst der Situation, in dem sich die jüdische Bevölkerung befindet, nicht aus Büchern begriffen werden könne, sondern einem erst aufsteige, wenn man Worte wie die der ersten Referentin höre. Mit Fräulein Pappenheim ist sie der Ansicht, daß der Antisemitismus für Deutschland unwürdig und unklug sei. Sie betonte, daß sie den Bund Deutscher Frauenvereine — zu dessen Vorsitzenden sie am Tage vorher gewählt worden war — im Sinne der Gerechtigkeit führen und jeden Verstoß zurückweisen werde.

Frau Anna von Gierke, Berlin, bezeichnete den Antisemitismus als Geisteskrankheit. Sie zeigte besonderes Verstehen für die jüdische Situation, warnte aber auf jüdischer Seite vor Ueberempfindlichkeit. Es sei notwendig, gemeinsame Wege zu finden, um den Antisemitismus zu bekämpfen, aber auch um gewisse Auswüchse, die ihn begünstigen, einzudämmen.

Frau Landtagsabgeordnete Martha Dönhoff dankte für die Möglichkeit einer offenen Aussprache, in der man ehrlich seine Meinung sagen dürfe. Sie sieht in der einseitigen Berufsschichtung der Juden einen Anlaß zu antisemitischem Vorgehen und rät zur Zurückhaltung auf bestimmten Gebieten des öffentlichen Lebens.

Frau Lenka von Körber, Leipzig, sprach die Befürchtung aus, daß diese Versammlung um einige Jahre zu spät veranstaltet sei. Der Antisemitismus in den Schulen habe jetzt schon allzu sehr Platz gegriffen; ihn zu bekämpfen, wäre vor allem nötig. Sie ermahnt die jüdische Gemeinschaft zu innerer Geschlossenheit und Einigkeit, um den Angriffen von außen besser gewachsen zu sein.

Frau Hilde von Gierke, Berlin, betonte die Notwendigkeit, unter jungen Menschen, z. B. in den sozialen Schulen, dafür zu sorgen, daß man einander kennen lernt und respektiert. Ihr soll diese Aussprache ein Hinweis sein, noch stärker als bisher in Kreisen, auf die sie Einfluß hat, dafür Sorge zu tragen, daß Jüdinnen aus Gedankenlosigkeit keinerlei Zurücksetzung erfahren — ein Grundsatz, der ihr persönlich immer ganz selbstverständlich war.

Frau Dr. Edelheim, Berlin, erwähnte die jahrzehntelange Arbeit des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens auf dem Gebiet der Bekämpfung des Antisemitismus und begrüßte wärmstens das Vorgehen des JFB.

Frau Prof. Schulze, Königsberg, sieht neben der Aufklärungsarbeit in den Schulen den wichtigsten Faktor für die Bekämpfung des Antisemitismus im Elternhaus, das die Kinder zur Achtung und zum Verstehen anderer zu erziehen hat. Sie hob hervor, daß man in christlichen Kreisen mehr Verständnis für Juden hat, die bewußt für ihr Judentum eintreten, als für solche, die es verbergen. Sie versteht es besonders, daß überzeugungstreue Juden von denen, die ihr Judentum ableugnen, abrücken.

Frau Isa Gruner, Berlin, sprach als Vertreterin der jüngeren Frauenorganisation und bekannte, daß sie durch persönlichen Umgang mit Jüdinnen, durch gemeinsames Erarbeiten jüdischer Schriften dem Verständnis des Judentums nahegekommen sei. Sie hebt hervor, daß man sich durch Erschließen der geistigen Welt einer fremden Religion auch menschliches Verstehen erwirbt.

Frau Schönewald, Bochum, faßte die Anregung des Abends zusammen und gab der Erwartung Ausdruck, daß diesem ersten Schritt weitere gemeinsame Arbeit folgen möge.

Nachdem ein Vorschlag von Frau Brenner, in einer gemischten Kommission, der christliche und jüdische Frauen zu gleichen Teilen angehören sollen, weitere Maßnahmen zu beraten, einstimmig angenommen wurde, schloß Frau Brenner diese Aussprache, die von wirklichem gegenseitigem Vertrauen getragen war.

Kommt er, oder kommt er nicht?

Wenn man die deutsche Presse der letzten Tage verfolgt und sich besonders für die Frage interessiert, ob mit einer Berufung von Nationalsozialisten in die Regierung für die nächste oder eine spätere Zeit zu rechnen ist, so wird man an das Blätterzupfspiel erinnert, in welchem das Orakel befragt wird. Das gleiche leider nicht so neckische Spiel wird in der deutschen Oeffentlichkeit getrieben. Kommt Hitler oder kommt er nicht? Und wenn er kommt, wann wird er kommen? Vor zwei Wochen schien es nach den Ansprachen eines prominenten Zentrumssprechers in Münster und nach der Antwort eines nationalsozialistischen Abgeordneten,

namentlich, wenn man die Besuche Hitlers bei Hindenburg und General Schleicher in Betracht zog und sich den respektvollen Ton in Erinnerung zurückrief, den Reichskanzler Brüning in seiner Reichstagsrede gegenüber Hitlers offenem Brief fand, als ob nur Tage oder Wochen Deutschland von dem Augenblicke trennen, in welchem Frick oder ein anderer Nationalsozialist das deutsche Reichsinnenministerium verwalten und die Partei die Anwartschaft auf Uebernahme auch des höchsten Postens, nämlich des Reichskanzleramtes, erheben würde. Vor acht Tagen fand aber eine Tagung der Zentrumsleitung statt, in welcher Kaas und Brüning das Gerede von Koalitionen in das Reich der Märchen verwiesen und von den Nationalsozialisten als einem Konglomerat gesprochen wurde, mit dem man keine ernste Politik treiben könne.

All dieses Für und Wider wurde in Deutschland und auch im Auslande mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Absage des Zentrums auf ihrer Parteitagung wurde dahin gedeutet, daß mit Rücksicht auf die in Schwebe befindlichen außenpolitischen Verhandlungen weder Brüning noch Hitler sich mit dem Anschein belasten wollten, daß sie einander zustreben. Brüning nicht, weil er durch eine derartige Situation seine Verhandlungsfähigkeit gegenüber Frankreich erschweren würde und Hitler nicht, weil es ihm offenbar auf Grund seiner bisherigen Propaganda nicht im Traume einfallen kann, seine Unterschrift unter Abmachungen zu setzen, die getroffen werden müssen, und die er zum Gegenstande rücksichtsloser Kritik machen wird. Immerhin ging durch die linken Parteien Deutschlands und auch durch die jüdischen Kreise, ohne Unterschied deren parteimäßige Einstellung, ein Aufatmen, als die Absage des Zentrums an die Nationalsozialisten bekannt wurde. Offen und zwischen den Zeilen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis zu einer Uebernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten oder bis zu einer Teilnahme der Nazis an einer Regierung noch lange Weile habe und man meinte, daß viel gewonnen sei, wenn man Zeit gewonnen hat. Man hofft auf einen Zerfall der Nationalsozialisten, man hofft auf ein Wunder, welches die Hakenkreuzlerpartei zerschmettern wird und übersieht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl an Einfluß und Stimmenzahl gewinnen. Man übersieht ferner, daß die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer schließlichen verantwortlichen Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung und in der Folge wohl auch in der Regierung Preußens schon heute lähmend wirkt und Erscheinungen zeitigt, die im alltäglichen Leben sich besonders schwer gegen diejenigen Elemente auswirken, denen die Todfeindschaft der Nationalsozialisten gilt.

In dieser Hinsicht war der zweite Kurfürstendamm-Prozeß, in welchem die Angeklagten Graf Helldorf und Ernst zu je sechs Monate Gefängnis verurteilt und auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen wurden, lehrreich genug. Man erinnere sich, mit welcher Entschiedenheit im ersten Prozeß, sowohl der Gerichtsvorsitzende wie auch der zweite Staatsanwalt das Problem der Kurfürstendamm-Krawalle angepackt haben. Als es dann zur Verhandlung über den Einspruch der nationalsozialistischen Rechtsanwälte gegen den Vorsitzenden im ersten Kurfürstendamm-Prozeß kam, den die Nazis als befangen ablehnten, erlebte man, daß diesem Einspruch stattgegeben wurde. Es kann keinem Menschen einfallen zu behaupten, daß diese Entscheidung des Berliner Kammergerichtes irgendwie durch außerhalb des Gerichtes stehende Faktoren und außerhalb des Rechtes liegende Argumente zustandegekommen ist. Immerhin war die allgemeine Atmosphäre ein bißchen anders geworden, und das mag erklären, warum der zweite Kurfürstendamm-Prozeß gegen Helldorf und Genossen wegen der Anführerschaft bei den Kurfürsterdamm-Krawallen im Tone und in Skandierung so anders ausgesehen hat als der erste. Dazu hat wohl auch der Umstand beigetragen, daß die Nationalsozialistische Partei beim zweiten Prozeß mit ihren stärksten Kanonen aufgefahren ist. Als Verteidiger fungierten der Justitiar der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Frank aus München und der Rechtsanwalt Freisler aus Kassel. Beide bemühten sich vor Gericht, die Legalität der Nationalsozialisten zu betonen.

Da die Nationalsozialisten immerhin in ernster Kombination stehen, regierungsfähig zu werden, so kann man doch nicht ohne weiteres einen Grafen Helldorf mit dem Führer einer zügellosen, revolutionären, die Gesetze des Staates grundsätzlich leugnenden Rotte vergleichen. Man muß es den Nationalsozialisten glauben, daß sie momentan den ernsten Willen haben, legal zu sein. Denn — und darüber kann es wohl nicht allzu viele Zweifel geben — auch auf diesem Wege können sie zu ihrem Ziel gelangen. Wenn der Naziverteidiger am 7. November in Berlin vor Gericht erklärt hat, daß seine Partei im deutschen Volke 12 Millionen Anhänger habe, so ist das leider wahr und eine Tatsache, die man nicht gut in Abrede stellen kann. Hat man aber eine derartige Anhängerschaft hinter sich, dann braucht man wirklich keine Krawalle und Skandale, um auf Umwegen und durch Hinterpforten zur Macht zu gelangen, sondern da wandelt man die breite, bequeme Chaussee der bestehenden Einrichtungen, der Landesparlamente und des Reichstages und gelangt dahin, wohin man gestrebt hat, nämlich zur Erreichung der Macht. Ob man nach Erlangung der Macht auch weiter legal bleiben wird, ob man, einmal an die Spitze gelangt, sich dann durch Abstimmungen aus der Macht wird drängen lassen, ist eine Frage, über die man ernstlich nachdenken sollte. Das Beispiel des Faschismus in Italien läßt befürchten, daß Hitler und seine Leute, einmal zur Macht gelangt, sie nicht aus der Hand geben werden, wenn „legale Voraussetzungen", wie Abstimmungen und Wahlen, das von ihnen fordern werden.

Die Situation der Juden angesichts dieser Entwicklungsmöglichkeiten ausführlich zu schildern, sei für ein anderes Mal vorbehalten. Natürlich werden die Nazis, wie zuletzt einer ihrer hervorragendsten Redner in Berlin erklärte, zur Macht gelangt, keine antijüdische Pogrome veranstalten. Es gibt ganz andere Mittel und Wege, um den Juden in Deutschland das Leben unerträglich zu machen. Vor Jahren sprach ein Statthalter im österreichischen Reichsrat den Grundsatz aus, daß ein Kulturland sich davor hüten müsse, gegen Juden Pogrome zu veranstalten oder solche zu dulden, wie es in Rußland vorgekommen ist. Ein Kulturland habe andere Wege zu gehen, z. B. den Weg der Bienenpolitik. Befragt, was das bedeuten solle, erklärte jener Statthalter, er hieß Korjtowski: „Wenn man Bienen los werden will, so entzieht man ihnen die Nahrung und räuchert sie aus, ohne sie zu verbrennen." Ohne Gesetze kann eine Verwaltung bestimmten Kreisen der Bevölkerung dermaßen zusetzen, daß man das Leben als Hölle empfindet. Man muß sich diese Möglichkeiten vor Augen halten und beizeiten die Mittel überlegen, um sich zur Wehr setzen zu können. Schließlich haben die Juden noch ganz anderen Mächten widerstanden und sind nicht vernichtet worden. Sie werden, wenn sie nur entschlossen dazu sind, auch die politisch bösen Zeiten überstehen, die möglicherweise schon in absehbarer Zeit für sie in Deutschland hereinbrechen können.

Das „unfaire" Berliner Tageblatt.

Das „Israelitische Familienblatt Hamburg" schreibt: Es ist schon längst fällig, das einmal zu sagen: Das „Berliner Tageblatt" benimmt sich in jüdischen Dingen unfair.

Das heißt: Eigentlich benimmt es sich überhaupt nicht. Es schweigt alle, auch die wichtigsten Ereignisse der jüdischen Welt tot, es vermeidet ängstlich von der Zugehörigkeit bedeutender Männer zu uns zu reden, auch wenn es sonst die nebensächlichsten biographischen Angaben macht, es berichtet prinzipiell nicht von all den kleinen Dingen aus dem Alltag, in denen Juden als Juden eine rühmliche, eine interessante Rolle gespielt haben. Es spricht von Jüdischem auch dann nicht, wenn es alle anderen, gut und echt christlichen Blätter tun.

Nur in einem Fall macht es Ausnahmen: Wenn es um Palästina geht. Dann und nur dann erfährt der Durchschnittsleser des „B. T.", daß es überhaupt solche Worte und Begriffe gibt, wie: „Die Juden", „jüdische Bevölkerung" usw.

An sich könnte es uns natürlich gleichgültig sein, wann das „Berliner Tageblatt" von jüdischen Dingen spricht und wann nicht. Aber einmal kreidet man uns im feindlichen Lager mit Vorliebe jeden Theodor-Wolff-Artikel als die „jüdische Meinung" an, versucht uns für jeden faux pas von Mosse verantwortlich zu machen und dann ist es — wie gesagt — unfair, wie das „B. T." sich gerade in diesen palästinensischen Dingen beträgt.

All diese fettgedruckten, zweispaltigen Nachrichten aus dem Heiligen Land nämlich melden von Unruhen und Ueberfällen, Pogromen und Zerstörungen. So viel jüdische Kolonien, wie nach dem „Berliner Tageblatt" schon hätten zerstört sein müssen, haben wir gar nicht. So viel Generalstreiks wie das „Berliner Tageblatt" in Palästina feststellt, kann man beinahe in einem armselig 365tägigen Jahr gar nicht unterbringen . . .

Und wenn gar nichts los ist, weder Pogrom noch Streik, weder „allgemeine Bewaffnung" noch „gespannte Stimmung", wenn die Sonne über Jerusalem ruhig scheint, die Muezzins friedlich zum Gebet rufen und die Juden ungestört Thillim sagen, — dann kommt über den Jerusalemer Korrespondenten des „B. T." der Geist der Prophetie. Er steigt dann auf den Berg der Seher am Ostrande der Stadt und siehe, die Hand des Herrn rührt ihn an und erschaut:

„Waffendepots" und „außerordentlich nervöse Stimmung", „Konflikte zwischen Militär und Bevölkerung", „Unruhen", „Aufruhr".

Passiert ist, Gott behüte, all das noch nicht. Aber „es wird", „man erwartet allgemein", „es ist unvermeidlich", „es dürfte in den nächsten Tagen" . . .

Da kann man nix machen. Propheten lassen sich bekanntlich nicht vorschreiben, was sie erschauen. Nach allgemeiner Ansicht sind sie dafür sogar nicht einmal voll verantwortlich. Es ist eben der Geist des Herrn, der aus ihnen redet . . .

Dieser Geist des Herrn Theodor Wolff aber sollte sich gesagt sein lassen, daß ihm niemand verübeln wird, wenn er mit seinen Blättern keine innerjüdische Politik treibt, daß es aber auch die, denen Palästina-Aufbau nicht gerade Herzenssache ist, es nicht für richtig halten, wenn er von allen jüdischen Dingen nur eine, gegen eine jüdische Partei gerichtete Kategorie immer und immer wieder behandelt. Der sonst so distanzierte Geist des Herrn Theodor Wolff macht sich mit diesen prophetischen Inspirierungen auf die Dauer lächerlich.

Und das alles nur, um den jüdischen Leser zu verärgern. Motto: „Dienst am Kunden."

Jüdische Nachrichten.

Die zionistischen Gemeinde-Mandatare Deutschlands lehnen den Regierungsentwurf zum preußischen Judengesetz entschieden ab.

Berlin. (JTA.) Die aus ganz Deutschland, insbesondere aus Preußen, am 8. November in Berlin versammelt gewesenen zionistischen Gemeindevertreter (Vorstandsmitglieder und Repräsentanten), die Mitglieder der Fraktion der Jüdischen Volkspartei im Preußischen Landesverband, sowie die Mitglieder der Gemeindekommission der Z. V. f. D. nahmen u. a. folgende Beschlüsse an:

„Der uns vorgelegte Referentenentwurf eines Gesetzes über die preußischen Synagogengemeinden ist in allen Teilen ein unerträglicher Rückschritt gegenüber der bestehenden Rechtslage. Er ist unter völliger Mißachtung des einheitlichen Votums der berufenen Vertretung der preußischen Juden zustande gekommen. Die Einheit der Judenheit wird zerschlagen, indem noch stärker als bisher die Bildung von Sondergemeinden zugelassen wird. Die Erleichterung des Austritts bedroht den Bestand, die äußere Sicherheit und die innere Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinden. Die Gleichberechtigung aller Gemeindemitglieder, diese für uns niemals aufzugebende Grundlage einer jüdischen Gemeinde, wird durch den Entwurf aufs schwerste gefährdet.

Wir erblicken in diesem Entwurf eine gegen den Bestand und die Entwicklung des Judentums gerichtete Vorlage und werden ihn entschieden bekämpfen.

Wir stellen fest, daß der Wille der preußischen Juden in den Beschlüssen des Landesverbandes vom Jahre 1928 niedergelegt ist."

Eine neue große Aufgabe für Dr. Carl Melchior.

Deutschlands Vertreter beim Sonderausschuß der BJZ. in Basel.

Berlin. (JTA.) Dr. Carl Melchior, Mitglied des Bankhauses M. M. Warburg in Hamburg, ist durch den Reichsbank-

präsidenten Dr. Luther zum deutschen Mitglied des beratenden Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, der gemäß dem Memorandum der Reichsregierung die deutsche Zahlungsfähigkeit erneut prüfen soll, ernannt worden.

Dr. Carl Melchior hat Deutschland bereits bei der Stillhaltekommission der BIZ. vertreten, der er als Vizepräsident des Verwaltungsrats angehört. Seit Kriegsende hat er an keiner wichtigen internationalen Finanzkonferenz gefehlt, von der Waffenstillstandskommission bis zu den Young-Verhandlungen und der zweiten Haager Konferenz. Melchior, der aus der Richterlaufbahn kam, Banksyndikus, dann Bankier wurde, ist einer der hervorragendsten Kenner der Reparations- und Schuldenfragen.

Eine neue Form des antijüdischen Boykotts: Bespitzelung jüdischer Geschäfte.

Berlin. (JTA.) In Altenburg (Thüringen) stellte die dort erscheinende Zeitung „Braune Front" Aufpasser vor ein jüdisches Kaufhaus, um die Namen der Besucher zu notieren. Es wurde in der Zeitung angekündigt, daß die Käufer und Besucher bekanntgegeben werden würden. Wie der „C.-V.-Zeitung" mitgeteilt wird, wurde durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Altenburg und des Oberlandesgerichts in Jena der Zeitung unter Strafandrohung verboten, das Kaufhaus zwecks Feststellung der Besucher und Käufer überwachen zu lassen oder die Namen der betreffenden Personen direkt oder andeutungsweise zu veröffentlichen.

Die Londoner jüdischen Frontsoldaten vor dem englischen Kriegerdenkmal.

London. (JTA.) Am Sonntag, 8. November, dem Waffenstillstandstag, wurde auf dem Paradeplatz der Royal Horse Guard zu London für die jüdischen Frontsoldaten ein Gottesdienst veranstaltet. Nachher marschierten über 5000 jüdische Offiziere und Soldaten, mit ihren Kriegsauszeichnungen geschmückt, zum englischen Kriegerdenkmal. Zwei jüdische Inhaber des Victoria-Kreuzes, Leutnant Keysor und Jack White, legten einen die Form eines „Mogen David" tragenden Kranz zum Andenken an die im Kriege gefallenen englischen Juden vor dem Denkmal nieder. Chief Rabbi Dr. J. H. Hertz sprach das Waffenstillstandsgebet. Feldmarschall Lord Allenby hielt vor dem Denkmal die folgende Ansprache an die jüdischen Frontsoldaten: Viele von euch waren meine Kameraden in Palästina. Ich freue mich, daß ich Gelegenheit gehabt habe, jüdische Menschen im Kriege gut kennen zu lernen. In Palästina halfen mir meine jüdischen Kameraden ein beträchtliches Stück vorwärts zu kommen. Wir befreiten die Heilige Stadt aus der Herrschaft der Türken, die Stadt, die die Geburtsstätte der jüdischen, christlichen und moslemitischen Welt ist. In der von mir befehligten Armee waren alle diese Glaubensbekenntnisse vertreten, Männer verschiedener Nationalität, Rasse und Religion, alle aber waren geeint in dem Gefühl der Pflicht gegenüber dem Lande, dem Reiche und dem König. Nicht ein Mann hat in diesem Feldzug versagt.

Keine Zwangssonntagsruhe für die Amsterdamer Juden.

Amsterdam. (JTA.) Der Stadtrat von Amsterdam hat eine neue Verordnung betreffend die Sonntagsruhe angenommen, laut welcher den jüdischen Geschäftsleuten, die an den Sonnabenden ihre Läden geschlossen halten, gestattet wird, an Sonntagen von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ihre Läden offen zu halten.

Große Hinterlassenschaft für den jüdischen Nationalfonds.

Neuyork. (JTA.) Der vor kurzem verstorbene Morris Wohl hat die Hälfte seines auf 750 000 bis eine Million Dollar geschätzten Vermögens dem Jüdischen Nationalfonds hinterlassen. Das Kapital wird aber erst in frühestens zwei Jahren realisiert werden können.

Aus der Gemeinde.

Die Zeiten des Gottesdienstes.

	Abends	Morgens	Nachmittags	Abends
28./29. Nov.	4.30 Uhr	9.00 Uhr	—	5.18 Uhr
4./5. Dez.	4.15 Uhr (Chanukah)	9.00 Uhr	—	5.15 Uhr
11./12. Dez.	4.15 Uhr	9.00 Uhr	—	5.14 Uhr
18./19. Dez.	4.30 Uhr	9.00 Uhr	3 Uhr Jugendg.	5.16 Uhr

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Sohn Herrn Michael Kesten und Frau Lisel, geb. Abramowicz.

Barmizwah: Am 5. Dezember Ludwig Epstein, Sohn des Herrn Fritz Epstein und Frau, Irma, geb. Magnus.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend):
5. 12.: Jul. Strauß, Mülheimer Straße 168
6. 12.: Herm. Plaut, Realschulstr. 14
7. 12.: Gebr. Rosenthal, Kuhlenwall 43
12. 12.: A. Simon, Mainstr. 49
12. 12.: M. Rosenberg, Kaiser-Wilhelmstr. 94

28. 12.: M. Nachmann, Mülheimer Str. 50
28. 12.: Gebr. Levy, Angerstr. 9

Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch Spenden an unsere Gemeindevereine sozial zu betätigen.

Gemeindevertretung. Sitzung vom 17. November 1931. Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Epstein die Herren Alsberg, Dr. Conitzer, Doppelt, Gerler, Heymann, Löwin, Meyer und Plaut, die Damen Levy und Moser, vom Vorstand die Herren R.-A. Simon, Dr. Kaufmann, Stern, Brodinger, Mendel. Die vom Vorstand vorgelegte Hausordnung des Gemeindehauses wurde angenommen. Bei der Aussprache regte Dr. Epstein die Gründung einer jüdischen Toynbeehalle an. Man müsse den erwerbslosen oder sonst bedrängten Juden nicht nur mit Geld, sondern auch seelisch helfen. Wohlfahrtspflege brauche nicht immer Geld zu kosten. Möglichst an jedem Abend solle im größten Raum des Gemeindehauses Tee gereicht werden (es müsse also auch eine kleine Küche vorhanden sein), Vorträge aller Art, musikalische Darbietungen, Rezitationen, Lichtbilder, Radio müßten miteinander abwechseln. Auch das Zeitungslesezimmer sei wieder einzurichten. Im Notfalle solle das Beratungszimmer der Gemeindevertretung für die Vereine freigegeben werden. Es wurde beschlossen, den Frauenverein zu bitten, eine Toynbeehalle einzurichten. — Der Vorsitzende gab Kenntnis von einem Schreiben des Vorstandes an den preußischen Landesverband und die größeren rheinisch-westfälischen Gemeinden vom 14. Oktober 1931. Das Schreiben wendet sich mit Nachdruck gegen die Austrittsgefahr und verlangt vom Landesverband tatkräftige Abhilfe durch die Gesetzgebung. Der Vorstand befürchtet einen Zusammenbruch der Ortsgemeinden. Vor zwei Jahren faßte der Provinzialverband rheinischer Synagogengemeinden auf Anregung der Duisburger Gemeinde ähnliche Beschlüsse. Bedauerlicherweise fielen manche Gemeinden um geldlicher Vorteile willen den durch Austritt betroffenen Gemeinden in den Rücken und trieben solchermaßen unlauteren Wettbewerb. Die Gemeindevertretung billigte das allerdings fruchtlose Vorgehen des Vorstandes. Dr. Epstein bat den Vorstand, künftig in einer derartigen Angelegenheit, die die Gemeindevertretung wiederholt beschäftigt hätte, diese nicht zu übergehen. Im Zusammenhang mit der Austrittsfrage berichtete der Vorsitzende über den Judengesetzentwurf und die Gefahren, die der neue Entwurf des Kultusministeriums über die preußischen Judengemeinden heraufbeschwören würde. Vorstand und Gemeindevertretung nahmen einstimmig folgende Resolution an, die dem Preußischen Landesverband und den größeren rheinisch-westfälischen Gemeinden übersandt werden soll: „Die Jüd. Gemeinde Duisburg erhebt Protest gegen den Judengesetzentwurf des preußischen Kultusministeriums. Der Entwurf läßt den auf dem Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden im Jahre 1928 mit seltener Einmütigkeit beschlossenen Gesetzesvorschlag völlig unbeachtet. Er nimmt dem preußischen Judentum die Rechtsposition, die es nach dem Gesetz von 1847 84 Jahre lang innehatte, mißachtet die konstante Verwaltungspraxis vieler Jahrzehnte, zerstört die Einheitsgemeinde durch schrankenlose Zulassung von Sondergemeinden, legt die Möglichkeit des Einzelaustritts aus der Gemeinde fest, verstößt gegen den Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts, läßt die Entrechtung von Juden zu, insbesondere von ausländischen Juden, verstößt also gegen das jüdische Religionsgesetz, auf das der Minister des Innern in seinem Erlaß vom Jahre 1919 ausdrücklich Rücksicht nahm, greift in das Selbbestimmungsrecht der Gemeinde willkürlich ein, z. B. auch durch Einweisung des Rabbiners in den Gemeindevorstand und durch das Erfordernis der Reichsangehörigkeit des Rabbiners, ermöglicht Karenzzeit und Wahlalter in unbegrenztem Ausmaß und benachteiligt die Juden gegenüber den christlichen Kirchengemeinden. Die Jüdische Gemeinde Duisburg hofft, daß es den vereinten Bemühungen der preußischen Judenheit gelingen wird, diesen für ihre Zukunft gefährlichen Entwurf zu Fall zu bringen, der, Gesetz geworden, viele Jahrzehnte hindurch das Schicksal der preußischen Judengemeinden bestimmen würde." — Ueber das Gemeindeblatt wurde eine Entscheidung noch nicht getroffen. — R.-A. Simon berichtete über die Anregung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, einen Empfehlungsvertrag mit dem gemeinnützigen Verein „Familienschutz" zu für die Gemeinde günstigen Bedingungen abzuschließen. Der Gemeindevorstand bat um Ablehnung, da Gemeindemitglieder im Versicherungsgewerbe tätig seien und zu gleich günstigen Bedingungen Verträge abschließen wollten, allerdings ohne eine Zuwendung an die Gemeinde oder die Zentralwohlfahrtsstelle. Herr Meyer wünschte den Abschluß einer Sterbeversicherung für alle Gemeindemitglieder durch die Gemeinde. Herr R.-A. Simon schlug vor, im Gemeindeblatt auf die Zweck

mäßigkeit einer Sterbeversicherung ohne Empfehlung einer besonderen Gesellschaft hinzuweisen. Die Wohlfahrtsorganisationen hätten daran ein Interesse. Bei Todesfällen entständen ihnen oft erhebliche Kosten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. — Herr Brodinger berichtete von den Beratungen der Wohlfahrtsorganisationen und des Gemeindevorstandes. Die Sitzung vom 13. Oktober 1931 machte folgende Vorschläge: Nach Ablauf der städtischen Nothilfe-Aktion, 1. einen Aufruf zu erlassen, Sonderspenden für Wohlfahrtszwecke an eine zentrale Stelle auf ein besonderes Konto der Gemeinde zu überweisen, 2. in einer Versammlung in der Wohlfahrtspflege erfahrene Personen über die Notlage referieren zu lassen und Vorschläge zur Mitarbeit zu machen, 3. von der Gemeinde aus vorzuschlagen, die Gemeindemitglieder zur freiwilligen Zahlung eines Steuerbruchteils an diese Wohlfahrtskasse zu bestimmen, 4. in Bedarfsfällen vorschußweise den Wohlfahrtsverbänden bis zur Erstattung der Beiträge die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende gab Kenntnis von einem Ersuchen der Poale Zion vom 9. Oktober 1931, jüdischen Erwerbslosen regelmäßige Unterstützungen von 25 Prozent der städtischen Wohlfahrtssätze zu bewilligen und ihnen eine einmalige Winterbeihilfe von 2 Zentnern Kartoffeln pro Kopf und 10 Zentnern Kohlen pro Familie zu gewähren. Nach den Angaben des Vorsitzenden hat die Gemeindevertretung stets die Wohlfahrtsarbeit den Wohlfahrtsverbänden überlassen, ohne selbst einzugreifen. Die Wohlfahrtsvereine hätten bisher auch noch genügend Mittel. Selbst wenn das nicht mehr der Fall sei, müßte die Gemeinde, ohne sich in Einzelheiten einzumischen, sich der Sache anzunehmen. Das Wohlfahrtsamt der Gemeinde glaube alle Unterstützungsfälle erfaßt zu haben. Für jeden Hinweis, etwa bei verschämten Armen, sei es dankbar. Die Pfundspende habe ein gutes Ergebnis gehabt. Die Gemeinde dürfe niemanden hungern lassen. Geldliche Unterstützung genüge aber auch nicht. Man solle gelesene Zeitungen sammeln und verteilen, gebrechlichen Leuten, die ihr Zimmer nicht verlassen könnten, Radio-Apparate geben, sie regelmäßig besuchen. Herr Gerler griff den Antrag der Poale Zion auf, so weit er auf Lieferung von Kartoffeln und Kohlen ging. Die jüdische Wohlfahrtspflege habe wenig aufgebracht. Viele Juden hätten zwar ein wenig gegeben, aber nur aus Angst davor, daß die hungrigen jüdischen Massen wild werden würden. R.-A. Simon berichtete aus der Sitzung mit den Wohlfahrtsorganisationen, daß die von diesen eingeleiteten Aktionen erfolgreich gewesen seien. Herr Gerler hätte den Hilfsbedürftigen keinen Gefallen erwiesen, wenn er denjenigen Juden, die wie immer mit vollen Händen gegeben hätten, niederträchtige, schmutzige Motive unterstellt habe. Bei Juden entspringe Wohltun dem jüdischen Herzen, nicht der Angst. Redner bat um Ablehnung des demonstrativen Antrages, der in schematischer Weise bestimmte Waren jedem geben wolle. Herr Gerler nahm sodann das Wort gegen Herrn R.-A. Simon, wurde aber wegen mehrerer Beleidigungen zweimal zur Ordnung gerufen. Herr Brodinger sprach eingehend über die Wohlfahrtsarbeit der jüdischen Organisationen und bestätigte, daß bisher die Mittel gereicht hätten, daß aber ungeheure Anstrengungen hätten gemacht werden müssen. Das bestätigte auch Herr Stern. An der Debatte beteiligten sich noch die Herren Alsberg und Dr. Conitzer. Der Antrag des Herrn Gerler wurde mit allen gegen seine Stimme abgelehnt. (Der Israelitische Frauenverein hat den Wohlfahrtsunterstützten stets Kartoffeln und Kohlen gegeben, und tut es auch heute noch. Die Red.) Nach einer Mitteilung des Herrn R.-A. Simon ist die Untersuchung über das Einschlagen der Fenster des Gemeindehauses ergebnislos verlaufen. — Es folgte eine geheime Sitzung.

Werfen Sie Ihre gelesenen Zeitungen fort? Schicken Sie sie uns ins Gemeindehaus für die jüdischen Mitbürger, die sich kein Zeitungsabonnement leisten können: hiesige und auswärtige Zeitungen, jüdische und nichtjüdische, illustrierte Blätter und Zeitschriften. Wir wollen sie zugleich mit den Lebensmitteln verteilen. Es gilt, nicht nur den leiblichen Hunger zu stillen.

Israelitischer Frauenverein.

Die Winterhilfe wurde, wie es für Juden selbstverständlich ist, von den hiesigen Juden besonders reich bedacht. Sie gaben nach Kräften, oft über die Kraft. Auch als Helfer betätigten sie sich. Einer jüdischen Helferin drohte man kürzlich beim Sammeln an, man werde sie die Treppe hinunterwerfen, weil sie Jüdin sei. Als von jüdischer Seite in der großen Helferversammlung der Vorfall zur Sprache gebracht wurde, hielt niemand, nicht einmal die Leitung der Winterhilfe, auch nur ein Wort der Verurteilung für angebracht. Man schwieg. Von dem Geist des Zueinanderstehens, wie ihn der Herr Reichskanzler für die Wohlfahrtspflege forderte, war nichts zu merken. Angesichts einer solchen Haltung könnte man es den jüdischen Helfern nicht verdenken, wenn sie sich künftig ähnlichen Situationen nicht aussetzen wollten.

Jüdische Volksschule. Die Schulamtsbewerberin Frl. Lotte Weißberg bestand ihr 2. Examen mit „gutem“ Erfolg. Sie hatte als Examensarbeit das Thema gewählt: „Wie erziehe ich das Kind zum jüdisch-religiösen Menschen?“ Herzlichen Glückwunsch!

Jüdischer Frauenbund. Am 16. November berichtete Frau Cilly Neuhaus, Mülheim, über die Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine in Leipzig. Das Thema des ersten Tages war: Berufsschicksal der weiblichen Jugend, das des zweiten: Die Abrüstungskonferenz und die deutschen Frauen. An diese Tagung schloß sich die Gesamtvorstandssitzung des Jüdischen Frauenbundes. Frau Neuhaus erzählte auch ausführlich über die wohlgelungene Aussprache über den Antisemitismus, die man mit führenden deutschen Frauen hatte. Frau Ruben dankte für den schönen Vortrag und gab einen kurzen Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe. Diese gibt dem Jüdischen Kinderhort eine monatliche Spende zum Kauf von Brötchen. Der Frauenbund betätigte sich auch mit gutem Erfolg für die Lebensmittelpfundspende. An der Nothilfe der Stadt Duisburg haben sich Mitglieder des Vereins rege beteiligt. — Am Samstag, den 5. Dezember, wird ein Rezitationsabend mit Frau Herrenstadt-Oettingen stattfinden.

Der Jüdische Jugendbund, die zionistische Vereinigung, die Poale Zion, der Ostjudenverband, der Bar Kochba und der Brith Haolim veranstalteten am 19. November eine öffentliche Versammlung über das Thema „Das Judengesetz in Gefahr“. Redner war Dr. Harry Epstein. Er legte ausführlich den Rechtszustand nach dem preußischen Gesetz von 1847 dar, schilderte den Einfluß der Weimarer Verfassung auf die Rechtslage, erörterte den Gesetzesvorschlag des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden vom Jahre 1928 und beleuchtete kritisch den Entwurf des Kultusministeriums, der nunmehr fertiggestellt ist. An Hand umfassenden Materials zeigte der Redner die Entwicklung der Praxis, die früher den Bedürfnissen der jüdischen Gemeinden in vorbildlicher Weise Rücksicht getragen, in den letzten Jahren aber völlig versagt habe. Der Entwurf des Judengesetzes, der den Willen der preußischen Judenheit ausschalte, berge die größten Gefahren in sich und werde zu einer Atomisierung der Gemeinden führen. Die jüdischen Gemeinden dürften gerade jetzt solchen Gefahren nicht ausgesetzt werden. Sie sei eine Stütze des ohnehin schwer gefährdeten deutschen Judentums. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht, doch bedauerte Herr Frank, daß nicht eine allgemeine Gemeindeversammlung sich mit diesem Gegenstand beschäftigt habe. Die Versammlung billigte einstimmig die Resolution des Vorstandes und der Gemeindevertretung, die oben zum Abdruck gebracht ist. Die Versammlung war von über 200 Personen besucht. Bedauerlicherweise war der Saal zu klein, so daß viele Besucher Kopf an Kopf vor den geöffneten Saaltüren stehen mußten.

Jüdischer Jugendbund. Am 9. November sprach Herr Hauptlehrer Fritz Kaiser über „Ereignisse im letzten halben Jahr“. Er unterschied hierbei drei Gruppen: 1. Innerjüdische Ereignisse. Als größtes bezeichnete er den Zionistenkongreß. 2. Den Tod bekannter Personen, so Ernestine Eschelbacher, Stahl und Timendorfer. 3. Stellung der Juden zum deutschen Vaterlande: Ereignisse wie Volksentscheid und Kurfürstendammprozesse. Den Ausführungen folgte eine lebhafte Aussprache. — Am 16. November sprach Edmund Levy über „Das Wesen des Zionismus“. Er legte die Grundgedanken des Zionismus ausführlich dar. An die Ausführungen schloß sich eine längere Debatte. — Am 23. November fand ein Heimabend statt, auf dem Rundbriefe des Verbandes besprochen wurden.

In der Zionistischen Vereinigung sprach vor über 250 Personen Dr. Nachum Goldmann (Berlin) über „Weltkrise und Judenfrage“. Die zionistischen Theorien vom Galuthjudentum haben sich gegenwärtig in einem Maße bewahrheitet, daß selbst den besten Zionisten Angst und Entsetzen erfassen muß. Bei der Bilanz des Soll und Haben der Positionen des Judentums der Vorkriegszeit und der Gegenwart ist eine ungeheure Verschlechterung der Aktivposten zu konstatieren. Dabei stehen wir erst am Anfang der Krisis des Judentums. Bei einem historischen Rückblick wird man das 19. Jahrhundert im Vergleich zum 20. Jahrhundert für das jüdische Leben als ein paradiesisches bezeichnen müssen. Er gibt für diese Thesen die verschiedensten Beispiele in den verschiedensten Ländern und den verschiedensten Positionen. Die ungeheuerliche antisemitische Welle wird auf das Judentum eine demoralisierende Wirkung ausüben. Die Reaktion der Juden zeigt keine heroische Haltung. Man beschränkt sich auf eine Verteidigungsstellung fast ohne Kampf. Energie und Kraft zu einem wirklichen Kampf ist nicht vorhanden, ein großer Teil findet sich mit der Tatsache des Antisemitismus fatalistisch ab. Ausgenommen hiervon sind die Zionisten, die nicht von dem Antisemitismus in der Weise überrascht werden konnten wie ein assimilantisches Judentum, da sie von vornherein diese antisemitische Welle in ihre Kalkulation miteingestellt hatten. Die entscheidenden großen Tendenzen der heutigen Politik müssen sich ihrem Wesen nach antijüdisch auswirken in einer antiindividualistischen und antiliberalistischen Weise. Darum ist es kein Zufall, daß sich die

beiden größten extremsten politischen Tendenzen darin einig sind: Kommunismus und Faschismus. Beide wollen eine ungeheure Vergottung des Staates, der Autorität des Kollektivismus. Dagegen verteidigen die Juden noch die Ideale des Gestern und Vorgestern. In einem uniformierten Staatswesen ist für uns kein Platz vorhanden, wir werden immer eine kleine verschwindende Minorität sein. Ein Beispiel für unsere ungeheuer schwierige politische Stellung in der Welt ist die Verschiedenheit der Auffassung des jüdischen Nationalismus von dem Nationalismus wie er gegenwärtig von anderen Völkern aufgefaßt wird. Hinzu kommt der „Geist der Zeit“. Bei der Jugend fehlt das „jüdische Enkelbewußtsein“. Heute wächst ein Typus heran, für den die jüdische Vergangenheit nichts mehr besagt. Eine Möglichkeit zur Aenderung bietet Palästina. Der Aufbau einer eigenen jüdischen Welt ist in einer so gelagerten Situation des Judentums von hundertfach gesteigerter Bedeutung. Noch im 19. Jahrhundert ist es möglich gewesen, daß Juden der Ansicht waren, die Assimilation habe einen Sinn. Heute hat dieses Argument keinen Sinn mehr. Wir tauschen in ideeller Hinsicht nichts mehr dafür ein. Der Jude kann heute seine stärksten Qualitäten nicht mehr ausleben. Will er seine spezifischen Qualitäten dokumentieren, so ist das nur dann möglich, wenn er sich eine eigene jüdische Welt aufbaut, die beherrscht ist von dem Typus, wie er sich in einer viertausendjährigen Geschichte herausgearbeitet hat. Deshalb muß eine solche Erkenntnis in der heutigen Weltkrisis jeden objektiv urteilenden Juden zu der Ueberzeugung führen, daß wir uns eine Welt schaffen müssen, die, mag sie groß, klein, gut oder schlecht sein, beherrscht sein muß von den Tendenzen unseres Geistes und nicht von einer Zeit, die sich dauernd gegen uns auswirken muß und gegen die wir à la longue gar nicht mehr ankämpfen können.

Ostjudenverband. Am 9. Dezember 1931, abends 8½ Uhr, pünktlich, findet im Gemeindehaus, Junkernstraße 2, eine öffentliche Versammlung des Ostjudenverbandes mit dem Thema: „Die Ostjuden in der Gegenwart“ statt. Referent Fuchs, Oberhausen, Korreferent Waitz, Duisburg. Aussprache, besondere Einladungen ergehen nicht. Da es von größter Wichtigkeit ist, daß sich jeder Ostjude über die gegenwartige Lage orientiert, bitten wir um zahlreichen Besuch.

Bar Kochba-Ostjüdische Jugendgemeinschaft. Am Donnerstag, den 3. Dezember 1931, abends 8½ Uhr, spricht im Gemeindehaus, Junkernstraße 2, Adolf Pollack, Berlin, anlaßlich des 30jahrigen Bestehens des KKL. über „50 Jahre Palastina-Aufbau“.

Kinder-Chanukahfest. Der Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba veranstaltet am Sonntag, den 6. Dezember, 2½ Uhr, im „Casino“, Eingang Müllersgasse, ein Kinder-Chanukahfest, dessen Reinertrag für die Schulspeisung verwendet wird. Abends um 8½ Uhr findet im gleichen Saal ein gemütlicher Chanukah-Abend mit Tanz statt. In Anbetracht des guten Zweckes bitten wir um zahlreiche Beteiligung.

Der Synagogenchorverein unter Leitung von Kapellmeister Gustav Stern trat am 22. November erstmalig mit einem Wohltätigkeitskonzert zum Besten des jüdischen Männer- und Frauenvereins an die Oeffentlichkeit. Weitere Ausführende waren Oberkantor Fleischmann, Köln, und Joseph Tönnes (Orgel). Man kann von einem vollen Erfolg des Abends sprechen. Aus den Tonschätzen Lewandowskis brachte der Chor den Psalm 100, Whogen baadenu und das Jigdal mit gesanglich guter Linienführung zu Gehör. Sowohl bei den zwei letztgenannten Gesängen als auch bei der Keduscha und Ihi rozaun ist die gute Zusammenarbeit mit dem Solisten besonders hervorzuheben. Das gute Stimm-Material, über das Fleischmann verfügt, zeigte sich besonders in seiner Wiedergabe des Berosch haschono, Schomer Jisroel und dem Kaddisch. Einen schwierigen Stoff meisterte Tönnes auf der Orgel in den beiden Werken Regers Grave a op. 59 und Adagio a op. 59, die er in ausgereifter Form vortrug. Reicher Applaus brachte zum Ausdruck, daß die Darbietungen gefallen hatten. Auch der materielle Ertrag war gut. Es konnte ein Betrag von etwa 200 Mark dem jüdischen Männer- und Frauenverein überwiesen werden.

Liebe Kinder, wir sprechen schon tagelang von Pünktchen, einem „hinreizenden“ kleinen Mädchen aus Berlin, ihrem braven Freund Anton, der es zunächst mit zwei Ohrfeigen im guten versucht, aber auch, wenn es sein muß, handgreiflich werden kann, dem Fräulein Andacht, Robert dem Teufel und der ganzen Gesellschaft, die in dem neuen Kinderroman „Pünktchen und Anton“ von Herrn Erich Kastner (Verlag Williams und Co.) vorkommt. Vater, Mutter und Großmutter haben das Buch natürlich auch gelesen, wie sie es im vorigen Jahr mit „Emil und die Detektive“ getan haben, das von demselben Herrn Kastner geschrieben ist. Alle mußt ihr das Buch lesen. Es ist, wie Pünktchen sagen würde, goldrichtig. Die von Herrn Kastner eingestreuten Nachdenkereien kann überschlagen, wer aus Spannung nicht warten will. Sie sind deshalb so schräg gedruckt. Wir haben sie aber mitgelesen und haben über alles nachgedacht. Vielleicht bekommt ihr „Pünktchen und Anton“ zu Chanukah geschenkt. Jedenfalls müßte es auch der Jüdische Kinderhort anschaffen. Ist Herr Kästner auch kein Jude, so könnte er beinahe einer sein. Er hat ein jüdisches Herz.

Zentralstelle für jüdisches Pflegestellenwesen und jüdische Adoptionsvermittlung, Geschäftsstelle Wuppertal-Elberfeld, Genügsamkeitstraße 7. Frau Irma Nathan, Duisburg, Lotharstr. 14 b, hat sich zur Verfügung gestellt, um in allen die Aufgaben des Vereins betreffenden Fragen Auskunft zu erteilen.

Landesverband Rheinland-Westfalen des C.-V. Bezirkstagung in Paderborn. Am Sonntag, den 8. November, fand in Paderborn eine Bezirkstagung statt, zu der die Vertreter der Ortsgruppen aus der östlichen Hälfte des Landesverbandes geladen waren. Die Versammlung war über alles Erwarten gut beschickt; es waren weit über 100 Vertreter erschienen. Nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe Paderborn, Herr Grünebaum, die Anwesenden begrüßt hatte, erstattete der Syndikus des Landesverbandes, Dr. Plaut (Essen), vertrauliche Mitteilungen über die politische Lage und die Tätigkeit des C.-V. Die Versammlung nahm mit größtem Interesse von der vielfältigen Arbeit, die von allen Instanzen des C.-V. geleistet wird, Kenntnis. Alsdann sprach das Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes, RA. Dr. Koppel (Dortmund), über „Judentum, Wirtschaft und Boykott“. Nach einer lebhaften Aussprache, die sich zum großen Teile mit der Gestaltung einer im Anschluß an die Referate ins Leben gerufenen Jugendarbeitsgemeinschaft befaßte, schloß nach Schlußworten der Referenten der Versammlungsleiter mit Dankesworten an die Vortragenden und die Erschienenen die von Zusammengehörigkeitsgefühl und Tatbereitschaft beseelte Veranstaltung.

Zionistischer Gruppenverband Rechtsrheinland und Westfalen. Das Büro des Gruppenverbandes befindet sich nicht mehr in Duisburg, sondern jetzt in Düsseldorf, Bleichstraße 23. Zum Vorsitzenden des Gruppenverbandes wurde auf der Essener Tagung Harry Bein, Düsseldorf, gewählt.

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Hohentorstr. 9. Druck: Volksblatt G. m. b. H., Kassel